

Pflegefinanzierung: Weichen müssten jetzt gestellt werden

Demografie Die Finanzierung der Alterspflege bereitet nicht nur Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini Kopfzerbrechen, eine Reform wird auch von Erbprinz Alois als wichtig erachtet, wie er in seiner Rede zum Staatsfeiertag deutlich machte.

VON DORIS QUADERER

Die Finanzierung der Alterspflege läuft in Liechtenstein über verschiedene Kanäle. Land, Gemeinden und Krankenkassen tragen einen Teil dazu bei. Daher ist es sehr schwierig zu beziffern, wie hoch die Kosten sind

und wie stark sie pro Jahr ansteigen. Geschätzt werden die Kosten auf jährlich rund 40 Millionen Franken. Und diese Kosten werden steigen - ein Blick auf die Bevölkerungsszenarien der kommenden Jahre macht dies mehr als nur deutlich (Grafik S. 5). Die Frage ist, wer diese Kosten künftig noch stemmen kann. Schliesslich nimmt der Anteil der älteren Menschen in unserer Gesellschaft stetig zu. In Deutschland beispielsweise wurde daher in den 1990er-Jahren eine gesetzliche soziale Pflegeversicherung eingeführt, welche quasi die fünfte Säule der Sozialversicherungen darstellt. Diese Pflegeversicherung wird im Umlageverfahren, also ähnlich wie unsere **AHV** finanziert - und zwar durch Beiträge der Versicherten und der Ar-

beitgeber zu je 50 Prozent. Der Staat beteiligt sich nicht. Für kinderlose Versicherte ist der Beitragssatz etwas höher als für Personen mit Kindern.

Modell wie bei Pensionskasse

Auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini hat bereits laut über die Einführung einer Art von Pflegeversicherung nachgedacht. «Der Bedarf wird stark wachsen und wir müssen uns überlegen, wie wir das adressieren, damit das nicht nur einseitig zu Lasten der kommenden Generationen geht», sagte Pedrazzini am Staatsfeiertag nach der Rede des Erbprinzen. Daher würde er ein Modell priorisieren, welches zumindest teilweise über ein Ansparverfahren funktioniert, so ähnlich wie eine Pensionskasse also. Sprich, jeder müsste im

Laufe des Arbeitslebens ein obligatorisches Alterskapital ansparen, welches dann im Pflegefall für alle Leistungen einsetzbar wäre - also für Pflege oder Betreuung zu Hause oder in einem Heim. Die Stiftung Zukunft.li hat sich in den letzten Monaten eingehend mit dem Thema befasst und wird kommende Woche ein entsprechendes Finanzierungsmodell präsentieren. Ob ein solches System jedoch politisch durchsetzbar ist, wird sich weisen. Schliesslich hätte eine solche Regelung zur Folge, dass die Lohnabzüge noch höher würden. Und diese werden so bereits im Jahr 2018 empfindlich steigen. Denn dann wird die im vergangenen Jahr beschlossene Revision des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge wirksam.

«In zwanzig Jahren haben wir drei Mal so viele über 80-Jährige»

Interview Kommende Woche wird die Stiftung Zukunft.li die Ergebnisse einer Studie mit dem Titel: «Finanzierung der Alterspflege - Handlungsbedarf und Lösungsansätze» veröffentlichen. Man darf gespannt sein: Denn ein Blick auf die Bevölkerungsszenarien zeigt, dass die Politik jetzt handeln muss. Auch wenn das Thema ein politisch heisses Eisen ist.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Der Politik ist der demografische Wandel sehr wohl bewusst, Reformen sind jedoch politisch schwierig durchsetzbar. Soll Ihre Studie dem Thema etwas Schub verleihen?

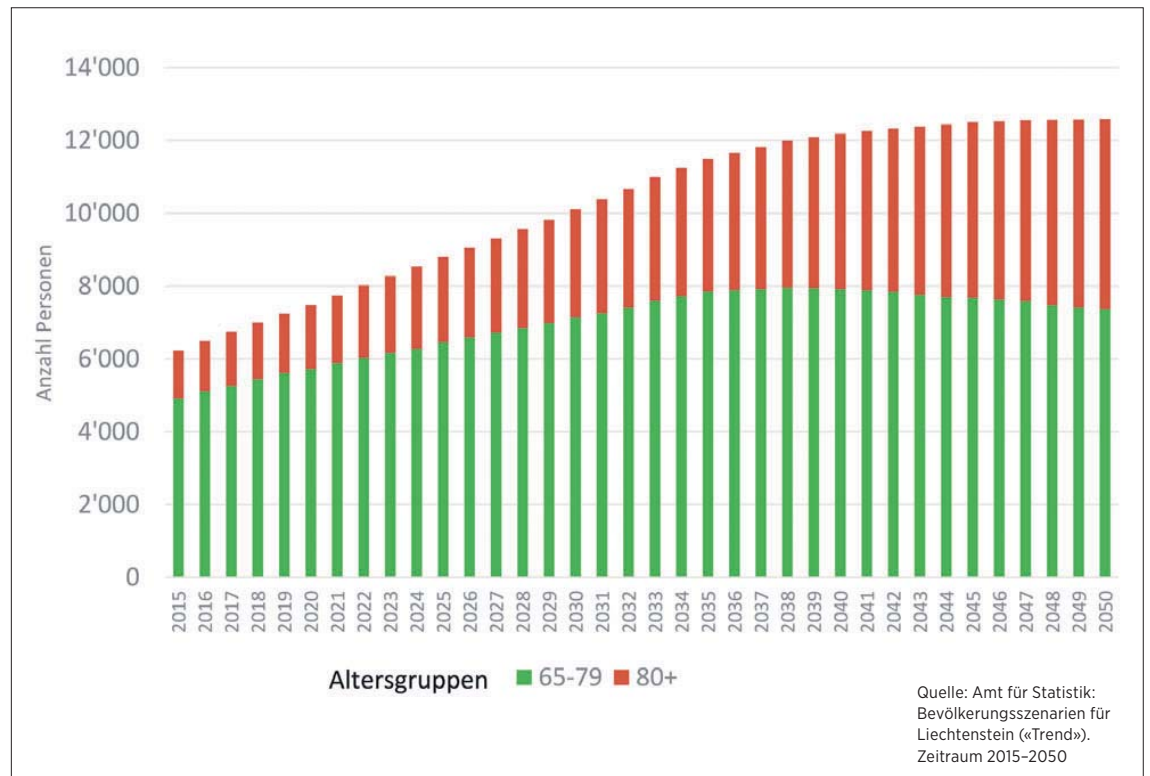
Thomas Lorenz: Uns ist es wichtig, aufzuzeigen, dass die demografischen Veränderungen für die Finanzierung der Betreuung und Pflege von alten Menschen zu einer grossen Herausforderung für die kommenden Generationen werden. Mit diesem Fokus auf die Finanzierungsfrage haben wir untersucht, welche Kosten in den verschiedenen Betreuungs- und Pflegeformen entstehen, wer diese finanziert und wie sie sich unter bestimmten Voraussetzungen in den nächsten Jahren entwickeln könnten.

Ist die Finanzierung das ausschliessliche Thema oder werden auch andere Themen angesprochen?

Wir haben auch andere Felder angesprochen oder gestreift wie zum Beispiel einen Vergleich der demografischen Entwicklung mit den Nachbarländern Schweiz und Österreich, alternative Wohnformen oder auch den Bereich der Care-Migration.

Haben die Nachbarländer uns etwas voraus - sprich, gibt es Ansätze, welche wir adaptieren könnten?

Es gibt verschiedene Ansätze in der Finanzierung von Alterspflegekosten. Die einen Staaten setzen stärker auf steuerfinanzierte Systeme, andere kennen Pflegeversi-



Der Anteil der über 80-Jährigen wird in den nächsten Jahrzehnten stark ansteigen.

cherungen, wieder andere kombinieren die beiden Ansätze. Wir widmen diesen verschiedenen Ansätzen in der Studie ebenfalls ein Kapitel. Unser konkreter Vorschlag wird in den Nachbarländern jedoch bis anhin nicht angewendet.

Wie lange hat die Politik noch Zeit, sich auf neue Lösungen einzustellen?

Der richtige Schub kommt dann, wenn die sehr grossen Babyboomer-Jahrgänge der 1960er-Jahre ins Alter kommen. Grundsätzlich ist es ja positiv, dass wir immer älter werden. Dadurch wird aber der Anteil von hochaltrigen Menschen in der Bevölkerung grundsätzlich erhöht. In zwanzig Jahren wird sich die Zahl der 80-Jährigen verdreifacht haben. Daher müssen wir uns heute überle-

Thomas Lorenz, Geschäftsführer Stiftung Zukunft.li: «Der richtige Schub kommt dann, wenn die Babyboomer-Jahrgänge der 1960er-Jahre ins Alter kommen.» (Foto: Nils Vollmar)

gen, wie wir diese Kosten, die unweigerlich auf die Gemeinschaft zukommen werden, decken können.

Ihre letzte Studie hat sich ja mit dem Thema Zuwanderung beschäftigt - könnte man den demografischen Wandel nicht abfedern, wenn man die Grenzen weiter öffnet und mehr junge Leute einwandern lassen würde?

Nun, wir haben mit der Studie «Knacknuss Wachstum und Zuwanderung» versucht aufzuzeigen, dass der Preis für die Anwendung der vollen Personenfreizügigkeit für Liechtenstein aus den verschiedensten Gründen sehr hoch wäre. Auch können sie in einem solchen Fall die Altersstruktur der Zuwanderung nicht beeinflussen.

Und wie sieht nun die Lösung der Finanzierungsfrage aus?

Wir werden am 25. August konkret einen Vorschlag zur Diskussion stellen, mit dem nach unserer Meinung die Finanzierungslast der zukünftigen Generationen zumindest gemil-

dert werden kann und der die Eigenverantwortung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen stärkt.

Eigenverantwortung ist ein Reizwort, welches bereits bei der Reform des Krankenversicherungsgesetzes für heftige Debatten gesorgt hat. Denken Sie, wird die Politik Ihre Vorschläge aufnehmen?

Der Vorteil von Zukunft.li ist es ja, Vorschläge aus einer gänzlich neutralen und objektiven Sichtweise einzubringen. In diesem Sinne hoffen wir natürlich, dass diese erstens aufgenommen und zweitens auch kontrovers diskutiert werden. Wie schon gesagt, muss jede Lösung die finanziellen Möglichkeiten der Einzelnen adäquat berücksichtigen. Die angesprochene zunehmende Herausforderung in der Finanzierung von Betreuung und Pflege im Alter muss von der Politik unseres Erachtens in jedem Fall gelöst werden. Und dazu möchten wir einen konstruktiven Beitrag leisten.